

Grundlagentexte Soziale Berufe

Burkhard Hill | Eva Kreling |  
Cornelia Hönigschmid | Gabriela Zink |  
Erich Eisenstecken | Klaus Grothe-Bortlik  
(Hrsg.)

# Selbsthilfe und Soziale Arbeit

Das Feld neu vermessen

**BELTZ** JUVENTA

Leseprobe aus: Hill, Kreling, Hönigschmid, Zink, Eisenstecken, Grothe-Bortlik, Selbsthilfe und Soziale Arbeit, ISBN 978-3-7799-2831-7

© 2012 Beltz Juventa Verlag, Weinheim Basel

<http://www.beltz.de/de/nc/verlagsgruppe-beltz/gesamtprogramm.html?isbn=978-3-7799-2831-7>

Burkhard Hill, Eva Kreling und Cornelia Hönigschmid

# Selbsthilfe und Soziale Arbeit – Das Feld neu vermessen

Der Begriff „Selbsthilfe“ ist im Zusammenhang mit dem Credo „Hilfe zur Selbsthilfe“ in der Sozialen Arbeit sehr geläufig. Die professionelle „Hilfe“ soll demnach die Adressatinnen und Adressaten befähigen, die Bearbeitung ihrer sozialen Probleme nach einem Impuls durch Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeiter früher oder später selbst in die Hand zu nehmen. Dass dieses schlüssig wirkende Prinzip eine Reihe von Problemen beinhaltet, soll einführungsd etwas näher beleuchtet werden. Anschließend werden die Ziel- und Fragestellungen des Münchner Modellprojektes „Soziale Selbsthilfe – Soziale Arbeit und Selbsthilfe“ beschrieben und Begriffsbestimmungen vorgenommen.

## **1 Die widersprüchliche Beziehung zwischen Selbsthilfe und Sozialer Arbeit**

Die „Hilfe zur Selbsthilfe ist bis heute die meist zitierte Maxime Sozialer Arbeit“, formuliert Ingrid Mielenz im Wörterbuch Soziale Arbeit. Gleichzeitig sei sie eine der am besten gepflegten Utopien (2005, S. 732). Mit diesem Dilemma ist der thematische Rahmen für die vorliegende Publikation aufgespannt. Denn einerseits, so Mielenz weiter, würden die Fähigkeiten der Adressatinnen und Adressaten immer wieder überschätzt, Selbsthilfekräfte zu entfalten. Und andererseits entwickelten sich immer wieder neue Probleme und Konfliktpotenziale teils struktureller Art (z.B. Arbeitslosigkeit, Wohnungsnot, psychosoziale Probleme), denen die Betroffenen hilf- oder machtlos gegenüberstehen (ebd., S. 732). Wenn wir diese Argumentation aufnehmen, dann stößt das Prinzip Selbsthilfe auf Grenzen, wenn die Handlungsfähigkeit einzelner – aus welchen Gründen auch immer – eingeschränkt ist und sie fremder fachlicher Hilfe bedürfen. Darüber hinaus beschert die Dynamik gesellschaftlichen Wandels und sozialer Ungleichheit dem Einzelnen oder den Gruppen Gleichgesinnter strukturelle Probleme in einem Ausmaß, das von ihnen zunächst nicht unmittelbar bewältigt werden kann. Es scheint also so zu sein, dass die „Hilfe zur Selbsthilfe“ ein Ergänzungsverhältnis von Eigeninitiative Betroffener und professioneller Hilfe

beziehungsweise Unterstützung durch Soziale Arbeit darstellt. So einfach es sich anhört: Je nach der Perspektive, aus der dieses Verhältnis betrachtet wird, bekommt die Sache eine ganz unterschiedliche Bedeutung zwischen notwendiger Professionalität, Selbstbestimmung, Bevormundung und Hilfsbedürftigkeit.

In den 1970er und 1980er Jahren bekam die Selbsthilfe sowohl gesamtgesellschaftlich als auch aus der Sozialen Arbeit heraus durchaus mehr Beachtung als heute. Dies geschah zu einer Zeit, als alternative soziale Bewegungen einen Nachholbedarf an Selbstbestimmung und Partizipation in vielen gesellschaftlichen Bereichen der Bundesrepublik auf die Straße trugen. Das betraf die Gleichstellung von Frauen, die Entstigmatisierung von körperlichen und geistigen Behinderungen beziehungsweise von Schwulen und Lesben usw. Es entstanden Umwelt- und Anti-Atom-Initiativen, (psychosoziale) Selbsthilfegruppen aller Art sowie „alternative“ Milieus, in denen diese Forderungen bereits „gelebt“ wurden. Auf politischer Ebene fand diese Stimmung in der Gründung der Partei DIE GRÜNEN ihren Ausdruck. In der Sozialen Arbeit wurde versucht, diese Themen aufzunehmen und zu verankern (Mielenz, 2005, S. 733f.; Hill, 2008, S. 10). Im Ergebnis der sozialen Bewegungen entstanden nicht nur zahlreiche Selbsthilfegruppen, sondern auch überregionale Netzwerke und institutionell geförderte Selbsthilfekontaktstellen, die bis in die Gegenwart hinein eine fast flächendeckende Verbreitung gefunden haben. Im Jahr 2011 sind bei der Nationalen Kontakt- und Informationsstelle zur Anregung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen (NAKOS) bundesweit 345 Selbsthilfekontaktstellen erfasst, die einen regionalen Kontakt zu bestehenden Gruppen herstellen, diese mit Räumen und Qualifizierungsangeboten unterstützen oder bei einer Neugründung beraten usw. (NAKOS, 2011a bzw. Beitrag von Thiel in diesem Buch). Nach einer entsprechenden Schätzung existieren bundesweit zirka 70.000 bis 100.000 Selbsthilfegruppen zu gesundheitlichen oder psychosozialen Themen (ebd.).

Die Selbsthilfe hat einen langen Weg von der einst sozialen und alternativen Bewegung bis zur heutigen Ausdifferenzierung in verschiedenste spezialisierte Gruppen zurückgelegt und ist in der gesellschaftlichen Mitte angekommen. Viele Forderungen aus diesen Initiativen sind heute zu gesellschaftlichen Themen geworden, die für die Tagespolitik und das Lebensgefühl vieler Menschen von großer Bedeutung sind (z.B. Gleichstellung der Geschlechter und der gleichgeschlechtlichen Beziehungen, stärkere Beteiligung von Betroffenen bei vielen politischen und administrativen Entscheidungen, Atomausstieg und Förderung regenerativer Energien). Insofern ist der politische und gesellschaftsverändernde Impuls der Selbsthilfebewegung heute eher einem neuen, themenbezogenen Pragmatismus gewichen, der sich unmittelbar der Bearbeitung bestehender Probleme zuwendet, ohne gegebenenfalls einen Anspruch auf gesellschaftliche Veränderungen anzustreben.

Im Alltag der Sozialen Arbeit überwiegt inzwischen wegen der wachsenden Arbeitsbelastung und der effizienten Durchstrukturierung Sozialer

Dienste die Konzentration auf einen pragmatisch technokratischen Umgang mit sozialen Problemen: Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter arbeiten in formalisierten Strukturen mit geringem Handlungsspielraum, steigenden Fallzahlen und immensem Dokumentationsaufwand. Die Sozialen Dienste verfügen angesichts knapper öffentlicher Kassen kaum über Gestaltungsspielraum. Die öffentlich und medial verhandelten Fälle, bei denen trotz Betreuung durch das Jugendamt Kindeswohlgefährdungen bis zum Tod der Kinder vorkamen, sorgten für weiteren öffentlichen Druck.

Die Unterstützung von Selbsthilfe und anderen Formen Bürgerschaftlichem Engagement steht zwar als Arbeitsauftrag immer öfter in vielen Konzeptionen sozialer Einrichtungen. Angesichts der hohen Arbeitsbelastung bedeutet dies aber einen zusätzlichen Aufwand, für den es keine Ressourcen gibt. Aus dieser Situation erklären sich unter anderem die Vorbehalte von Sozialarbeiterinnen und Sozialarbeitern gegenüber der Selbsthilfe. Nach dem professionellen Selbstverständnis wird zunächst das eigene Fachwissen abgerufen und auf einschlägige Methoden zurückgegriffen, weil so eine insgesamt kalkulierbare Arbeit möglich wird. Eine differenzierte Kenntnis der einschlägigen rechtlichen Grundlagen ist zusätzlich erforderlich, um richtige Entscheidungen treffen zu können. In diesem hoch spezialisierten und verregelten Feld können sich Professionelle also oft kaum vorstellen, wie Laien darin allein zurechtkommen. Dies ist unter anderem ein Ergebnis der Professionalisierung der Sozialen Arbeit in den letzten 40 Jahren (seit Einführung der akademischen Ausbildung an den Fachhochschulen). Eine solche professionelle Expertise und entsprechende Rahmenbedingungen erschweren einen unvoreingenommenen Blick auf die Stärken und Potenziale der Adressatinnen und Adressaten. Klaus Kraimer spricht in diesem Zusammenhang von einer „Expertisierung“ der Sozialen Arbeit, die zur Instrumentalisierung und Bevormundung ihrer Adressatinnen und Adressaten führt (2007).

Vor diesem Hintergrund war es durchaus erforderlich, mit dem Begriff Empowerment (Stark, 1996; Herriger, 2006) eine Konzeption in den Vordergrund zu stellen, die bewusst auf die Ressourcen der Adressatinnen und Adressaten der Sozialen Arbeit verweist und den Versuch unternimmt, eine an den Stärken orientierte Praxis theoretisch und methodisch zu begründen (vgl. Beitrag von Hill/Kreling/Richter in diesem Buch). Allerdings läuft dieser Ansatz innerhalb der Sozialen Arbeit als einer unter vielen, denn angesichts der vielen sich abwechselnden thematischen Trends fällt es schwer, die Übersicht zu wahren und konkurrierende Konzepte zu bewerten. Die Ausdifferenzierung und Professionalisierung der Sozialen Arbeit führte also eher zu einer „neuen Unübersichtlichkeit“. Das Thema Selbsthilfe ist dabei ein wenig in Vergessenheit geraten. Diesen Schluss kann ziehen, wer sich die einschlägigen Veröffentlichungen der letzten Jahre anschaut. Die wenigen Fachpublikationen zur Selbsthilfe erschienen vorrangig an ein medizinisches oder psychotherapeutisches Fachpublikum gerichtet oder bedienten als Ratgeberliteratur ein Segment, in dem sich die Betroffenen selbst infor-

mieren und orientieren. Es scheint also an der Zeit zu sein, der Fachdiskussion in der Sozialen Arbeit, beispielsweise durch diese Publikation, einen neuen Impuls zu verleihen.

Für die Professionellen in der Sozialen Arbeit mag es von Interesse sein, sich nicht nur bezüglich theoretischer Positionen zu orientieren, sondern auch etwas darüber zu erfahren, wo und wie Selbsthilfe in sozialen Einrichtungen befördert wird, welche Themen für die Selbsthilfengewährleistenden zurzeit von Bedeutung sind, welche Bedingungen helfen können, Selbsthilfe in Gang zu bringen und welche Methoden und professionellen Haltungen dazu nützlich sind. Die Herausgeberinnen und Herausgeber dieses Buches sind diesen Fragen im Rahmen des Modellprojektes „Soziale Selbsthilfe – Soziale Arbeit und Selbsthilfe“ nachgegangen, das von der Landeshauptstadt München fünf Jahre gefördert und vom Selbsthilfezentrum München und der Hochschule München, Fakultät für angewandte Sozialwissenschaften, durchgeführt wurde. Zwar verfügt München bereits seit fast drei Jahrzehnten über eine gut ausgebaute Selbsthilfestruktur. Aber die Selbsthilfe muss sich zunehmend mit einem Diskurs zum zivilgesellschaftlichen Engagement auseinandersetzen, in dessen Folge freiwilliges Engagement viel breiter verstanden wird. Dabei bewegt sich das Spektrum zwischen klassischem Ehrenamt, Selbsthilfe, Bürgerschaftlichem Engagement und Initiativen, die Spenden für gemeinnützige Zwecke einsammeln. In diesem Kontext erscheint es notwendig, eine Standortbestimmung der Selbsthilfe vorzunehmen und ihre Besonderheiten herauszuarbeiten.

## **2 Das Modellprojekt „Soziale Selbsthilfe – Soziale Arbeit und Selbsthilfe“**

Das Modellprojekt in München wurde konzipiert, um den Bereich der Sozialen Selbsthilfe stärker zu beleuchten. Als die Gesundheitsbezogene Selbsthilfe mit dem Gesundheitsreformgesetz aus dem Jahr 2000 als zusätzliches Angebot der Gesundheitsversorgung im SGB V (§ 20) verankert wurde, konnte dies allgemein als Erfolg und Anerkennung der Selbsthilfeaktivitäten verbucht werden. Damit verbunden ist eine Finanzierungsgarantie, die pro Versichertem und Jahr einen Betrag (zunächst 50 Cent) vorsieht, der neben einer weiterhin möglichen individuellen Förderung von den Krankenkassen pro Bundesland in einen Fonds eingezahlt wird, der wiederum von ihnen unter Beteiligung der Selbsthilfegruppen verwaltet und zur Förderung von Selbsthilfeaktivitäten im Gesundheitsbereich eingesetzt wird. Durch diese strukturelle Veränderung wurde allerdings faktisch eine Aufteilung in die Gesundheitsbezogene und die Soziale Selbsthilfe vorgenommen, wobei es keine klare systematische Unterscheidung der beiden Bereiche gibt, sondern dies eher durch die Förderlogik von Fall zu Fall entschieden wird. In der Gesundheitsbezogenen Selbsthilfe besteht ein großer Teil der

Arbeit gerade darin, sich wechselseitig soziale Unterstützung zu gewähren und die soziale Integration trotz der Betroffenheit von verschiedensten Symptomen aufrechtzuerhalten (Richter, 2007a,b). Dennoch erfolgt der Zugang zumeist über ein spezifisches Leiden beziehungsweise über eine medizinische Diagnose und unterscheidet sich darin von den Zugängen und Themen der Sozialen Selbsthilfe. Hier bilden sich Gruppen als Eltern-Kind-Initiativen, in der Familienselbsthilfe, zu Frauen- und Männerthematiken, zur Bewältigung von Problemen des Alterns oder der Migration, als Nachbarschaftshilfe, als Arbeitsloseninitiative usw. In München wird dieser Bereich als Soziale Selbsthilfe seit mehr als 20 Jahren vom Sozialreferat gefördert. Analog dazu werden Gesundheitsgruppen vom Referat für Gesundheit und Umwelt unterstützt. Der Selbsthilfebeirat berät als Expertengremium, dem Vertreterinnen und Vertreter der lokalen Selbsthilfelandeschaft angehören, die Stadtverwaltung bei der Entwicklung von Fördergrundsätzen und bei der Vergabe von Fördermitteln an neu gegründete Initiativen im Sozial-, Gesundheits- und Umweltbereich. Diese Förderung gilt als Anschubfinanzierung. Die so genannte Regelförderung unterstützt bewährte Selbsthilfegruppen und Initiativen über die Startphase hinaus. Diese Praxis wird als sinnvolle Bereicherung der sozialen Versorgung angesehen und ist daher mit entsprechenden finanziellen Mittel ausgestattet (vgl. Beitrag von Simeth in diesem Buch).

Angesichts dieser Wertschätzung war dem Sozialreferat die Fokussierung des Modellprojektes auf die Schnittstelle zwischen der Sozialen Selbsthilfe und dem professionellen System der Sozialen Arbeit besonders wichtig. Es ging um eine Bestandsaufnahme der spezifischen Bedingungen vor Ort sowie um die Untersuchung der Kooperationen zwischen Professionellen und Akteuren der Selbsthilfe. Dementsprechend zielte das Modellprojekt auf die

- Dokumentation der (Münchner) Entwicklungen in der Sozialen Selbsthilfe mit besonderem Blick auf relevante Handlungsfelder der Sozialen Arbeit;
- Weiterentwicklung der Praxis vor Ort sowie der entsprechenden Förder-/Rahmenbedingungen durch Forschung, Konzeptentwicklung und Beratung von Einrichtungen; Erfassung und Begleitung modellhafter, neuer Formen der Sozialen Selbsthilfe;
- Auswertung des Nutzens der bestehenden Sozialen Selbsthilfe für Einrichtungen durch Expertenbefragungen in verschiedenen Zielgruppen;
- Initiierung eines nachhaltigen fachlichen Austausches in Form des Auf beziehungsweise Ausbaus und der Pflege eines Netzwerkes an der Schnittstelle „Fachwelt und Soziale Selbsthilfe“ unter Beteiligung der Hochschule München;
- Erarbeitung von Handlungsempfehlungen für die Stadtgesellschaft beziehungsweise für das Sozialreferat der Landeshauptstadt München.

Im Modellprojekt wurde darüber hinaus der Frage nachgegangen, wie sich am Beispiel der Landeshauptstadt München das historisch wechselhafte und durchaus ambivalente Verhältnis der Profession Soziale Arbeit zur Selbsthilfe durch zivilgesellschaftliche und sozial- beziehungsweise kommunalpolitische Entwicklungen veränderte und wie es jeweils neu justiert wurde. In der sozialarbeitswissenschaftlichen Fachdiskussion gibt es zu dieser Fragestellung kritische Stimmen, die davon ausgehen, dass die professionelle Soziale Arbeit den eigenen Anspruch, Hilfe zur Selbsthilfe zu leisten, mehrheitlich nicht einlöst:

„Ich unterstelle im Folgenden, dass sozialpädagogische Interventionen auf die Erweiterung der Möglichkeitsspielräume der Klientinnen und Klienten zielen sollen, um letztlich durch Hilfe zur Nichtmehrhilfe zu gelangen [...]. Das Motto heißt also: Hilfe zur Selbsthilfe! Dass aber gerade dieses Bestreben, welches für psychosoziale Einrichtungen handlungsleitend sein sollte, in nicht seltenen Fällen fehlschlägt, bedarf gründlicher Reflexionen. Aus meiner eigenen Erfahrung im Bereich der sozialpädagogischen Familienhilfe sowie in einer gemeindepsychiatrischen Einrichtung konnte ich genügend Fälle erleben, bei denen gerade die praktische Sozialarbeit die Hilfe zur Selbsthilfe verhinderte.“ (Kleve, 1996, S. 31f.)

Aus dieser Position geht ein klarer Auftrag an die Sozialarbeitsforschung hervor, die Bedingungen zu untersuchen, unter denen diese (zugespitzte) Beobachtung zustande kommt. Im Münchner Modellprojekt wurden daher folgende Fragen gestellt, die sich auf die Grundlagen des Verhältnisses von Sozialer Selbsthilfe und Sozialer Arbeit beziehen:

- Wie kann das Verhältnis von Selbsthilfe und professionellen Fachkräften der Sozialen Arbeit gestärkt werden, ohne dass professionelle Standards verletzt und das Recht auf Selbstbestimmung und Selbstorganisation eingeschränkt wird?
- Wie hat sich das Selbstverständnis von Selbsthilfe verändert und welchen Stellenwert nimmt Selbsthilfe unter dem aktuellen Diskurs zu Zivilgesellschaft und Bürgerschaftlichem Engagement ein?
- Welche Kompetenzen benötigen sowohl Fachkräfte als auch freiwillig engagierte Bürger und Bürgerinnen in Selbsthilfe und anderen Formen des Bürgerschaftlichen Engagements?
- Welche Rahmenbedingungen sind zur Beförderung von Selbsthilfe erforderlich, welche Bedingungen sind hinderlich?
- Wo liegen die Chancen und Grenzen der Kooperation von Selbsthilfe und der professionellen Sozialen Arbeit?

Die Ziel- und Fragestellungen wurden während der Projektlaufzeit in folgenden Schritten bearbeitet:

- Literaturstudium von Fachpublikationen und Dokumentenanalyse vorliegender Richtlinien und Stadtratsbeschlüsse
- Interviews mit Professionellen aus verschiedenen Bereichen von Selbsthilfe und anderen Formen des Bürgerschaftlichen Engagements
- Entwicklung von neuen Kooperationen des Selbsthilfezentrums mit sozialen Einrichtungen, Initiierung von zwölf Kooperationsprojekten mit unterschiedlichen Schwerpunkten zur Praxisentwicklung vor Ort
- Fachtage und Informationsveranstaltungen
- Lehrveranstaltungen, Ringvorlesung und Vergabe von Themen für Bachelor- und Masterarbeiten an der Hochschule München
- Entwicklung eines Projektes zum „Generationentransfer“ zwischen erfahrenen Fachkräften im Feld der Selbsthilfe und Studierenden der Sozialen Arbeit
- Verbreitung der Aktivitäten in verschiedenen Fachveranstaltungen und Publikationen auf lokaler, regionaler und nationaler Ebene.

### **3 Begriffsbestimmung von Selbsthilfe und Bürgerschaftlichem Engagement**

In der Definition der verschiedenen Begrifflichkeiten rund um Bürgerschaftliches Engagement und Selbsthilfe, die teils synonym oder wenig trennscharf gebraucht werden, wurde im Modellprojekt auf Definitionen zurückgegriffen, die in der so genannten „Münchener Erklärung zum Bürgerschaftlichen Engagement“ von 2007 festgeschrieben sind. Demnach rangiert die Selbsthilfe neben dem Freiwilligenengagement, dem klassischen Ehrenamt und dem zivilgesellschaftlichen Engagement von Wirtschaftsunternehmen als Teilbereich des Bürgerschaftlichen Engagements.

Diese Struktur ist historisch gewachsen und beginnt mit der institutionellen Förderung des Selbsthilfezentrums im Jahr 1985 als Kontakt-, Beratungs- und Servicestelle. Bereits 1997 vernetzten sich das Selbsthilfezentrum, Freiwilligenagenturen, Bildungsinstitutionen und soziale Einrichtungen unter dem Begriff „Forum Bürgerschaftliches Engagement“ (Kurzform: Forum BE), um das Feld gemeinsam zu entwickeln und um Doppelstrukturen zu vermeiden. Es hatten sich neue Initiativen im Freiwilligenengagement entwickelt, zum Beispiel für ältere Menschen in Form von Patenprojekten mit Schulen oder Partnerschaften der Industrie mit sozialen Einrichtungen, die in den bisherigen Strukturen nicht repräsentiert waren. Aus dem Forum BE entstand später die Institution zur Förderung Bürgerschaftlichen Engagements (Kurzform: FÖBE). Das Forum BE legte im November 2000 eine Definition zu Bürgerschaftlichem Engagement vor, in der es unter anderem heißt:

„Bürgerschaftliches Engagement ist der selbstbestimmte und zielgerichtete Einsatz für nachhaltige Verbesserungen sowohl im persönlichen Le-



bensumfeld als auch im Gemeinwesen. Es reagiert auf individuelle und gesellschaftliche Herausforderungen und versteht sich als Ergänzung zu staatlichem Handeln. Bürgerschaftliches Engagement eröffnet kreative und gemeinschaftliche Lösungen in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens durch die Verbindung von Eigeninitiative und sozialer Verantwortung. Bürgerschaftliches Engagement umfasst Freiwilligenarbeit, Ehrenämter, Selbsthilfe, Bürgerinitiativen und selbstorganisierte Projekte. Es lebt von den Fähigkeiten, Kompetenzen und Interessen der Engagierten. Bürgerschaftliches Engagement basiert auf demokratischen Grundregeln und Toleranz. Es ist angewiesen auf öffentliche Anerkennung, auf rechtliche, strukturelle und finanzielle Förderung sowie entsprechende Rahmenbedingungen.“ (Forum BE, 2000)

Auf diese Weise wird Bürgerschaftliches Engagement als Oberbegriff für verschiedene Aktivitäten verstanden, die aus persönlicher Betroffenheit oder aus der Sorge um andere, freiwillig und nach demokratischen Grundregeln erbracht werden. Selbsthilfe erscheint in diesem Kontext als ein Bestandteil neben anderen.

Die Soziale Selbsthilfe wiederum wird in den vom Selbsthilfebeirat der Landeshauptstadt München erarbeiteten und vom Stadtrat verabschiedeten Förderrichtlinien etwas enger gefasst „als selbstorganisiertes Handeln, das auf persönlicher, direkter und/oder indirekter Betroffenheit beruht. Selbstorganisiertes Handeln findet in Selbsthilfeinitiativen, Selbsthilfegruppen und Vereinen statt, ergänzt die Leistungen des professionellen Versorgungssystems und/oder greift neue Bedarfe und innovative Lösungsansätze auf.“ (Landeshauptstadt München Sozialreferat, 2010, S. 4)

Im Referat für Gesundheit und Umwelt, das insbesondere Initiativen zur Erhaltung der Gesundheit und Gestaltung der Umwelt fördert, wird in eigenen Richtlinien ergänzend formuliert:

„Selbsthilfe macht ‚Betroffene zu Beteiligten‘, die Kompetenzen in Gesundheitsfragen fördert und selbstbestimmte Problemlösungsprozesse aktiviert. Selbsthilfe ergänzt somit das Netz der gesundheitlichen Versorgung durch das Anbieten konkreter Lebenshilfen für Personen, die wegen ihres körperlichen, geistigen oder seelischen Zustandes besondere Unterstützung bedürfen.“ (Landeshauptstadt München Referat Gesundheit und Umwelt, 2002, S. 18f.)

In den verschiedenen Richtlinien der Landeshauptstadt München bildet sich eine nach Sozialer und Gesundheitsbezogener Selbsthilfe aufgeteilte Förderlogik ab, wobei im Gesundheitsbereich klare körperliche, geistige oder seelische Beeinträchtigungen als Bezugsrahmen benannt sind. Im Sozialbereich ist dies offener gehalten, indem generell von „Bedarfen und innovativen Lösungsansätzen“ gesprochen wird. Diese Offenheit ermöglichte in den

vergangenen Jahren und Jahrzehnten eine flexible Förderpraxis, die sich an die veränderten Probleme anpassen konnte. Soziale Selbsthilfe erscheint in diesem Kontext also als die Kategorie, unter der selbstbestimmte Aktivitäten aus direkter oder indirekter Betroffenheit zur Bearbeitung (psycho-)sozialer Probleme verstanden werden.

Mit der Veränderung des § 20 des SGB V wurden die Krankenkassen zur Förderung der Gesundheitsbezogenen Selbsthilfe verpflichtet. Dementsprechend formulierten diese in einem Leitfaden zur Selbsthilfeförderung eine eigene Definition zur Bestimmung der Gesundheitsbezogenen Selbsthilfe:

„Gesundheitsbezogene Selbsthilfegruppen sind freiwillige Zusammenschlüsse von betroffenen Menschen auf örtlicher Ebene, deren Aktivitäten sich auf die gemeinsame Bewältigung eines bestimmten Krankheitsbildes, einer Krankheitsursache oder -folge und/oder psychischer Probleme richtet, von denen sie entweder selbst oder als Angehörige betroffen sind. Ihr Ziel ist die Verbesserung der persönlichen Lebensqualität und die Überwindung der mit vielen chronischen Krankheiten und Behinderungen einhergehenden Isolation und Ausgrenzung. Sie wirken im örtlichen/regionalen Bereich in ihr soziales und politisches Umfeld hinein. Ihre Arbeit ist nicht auf materielle Gewinnerzielung ausgerichtet. In der regelmäßigen Gruppenarbeit geben Selbsthilfegruppen Hilfestellung und sind Gesprächspartner in persönlicher Begegnung für ihre Mitglieder sowie nach außen. Ihre Arbeit ist geprägt von gegenseitiger Unterstützung und entsprechendem Erfahrungsaustausch. Selbsthilfegruppen werden nicht von professionellen Helfern (z.B. Ärzten, Therapeuten, anderen Gesundheits- oder Sozialberufen) geleitet. Das schließt eine gelegentliche Hinzuziehung von Experten zu bestimmten Fragen nicht aus.“ (GKV, 2009, S. 10)

An dieser Definition ist – neben dem klaren Bezug auf medizinische oder psychiatrische Befunde – bedeutsam, dass gerade die Bearbeitung der mit einer Erkrankung oder Beeinträchtigung verbundenen Probleme von Ausgrenzung und Verlust an Lebensqualität gefördert und eine Einwirkung in das soziale Umfeld gewünscht wird. Hier sind die Schnittmengen zur Sozialen Selbsthilfe erkennbar. Andererseits wird deutlich gemacht, dass Professionelle aus dem Gesundheitsbereich die Selbsthilfegruppen nicht zu ihren Zwecken instrumentalisieren dürfen.

Im Überblick wird deutlich, dass die Gesundheitsbezogene Selbsthilfe relativ klar definiert und die Soziale Selbsthilfe eher weitgefasst ist und durch die Förderpraxis sowie Verwaltungsrichtlinien bestimmt wird. Die Nationale Kontakt- und Informationsstelle zur Anregung und Unterstützung von Selbsthilfegruppen (NAKOS) fasst die Situation der Sozialen Selbsthilfe auf ihrer Website wie folgt zusammen:

„Die sozialen Themen der Selbsthilfe werden nicht von der gesundheitsbezogenen Selbsthilfeförderung gemäß Paragraph 20c SGB V erfasst. Auch erhalten viele dieser Selbsthilfegruppen oder in diesem Themenbereich arbeitende Selbsthilfeorganisationen und Selbsthilfevereinigungen keine finanzielle Unterstützung von Bund, Land oder Kommune.“ (NAKOS, 2011b)

Hierin kommt zum Ausdruck, dass die Soziale Selbsthilfe neben der Gesundheitsbezogenen Selbsthilfe als ‚Restkategorie‘ für das existiert, was nicht von der Förderung nach SGB V, § 20c, erfasst wird. Dadurch entsteht auch das Risiko einer prekären Fördersituation, da sie unter der Verantwortung der Kommunen als so genannte „freiwillige“ Aufgabe fällt und von konjunkturellen Schwankungen der kommunalen Haushalte abhängig ist. Dies wird von Fachkräften, in München zum Beispiel vom unabhängigen Fachbeirat Bürgerschaftliches Engagement, bemängelt, insbesondere weil sich im Sozial-, Kultur- und Bildungsbereich fortwährend Initiativen mit innovativen selbstorganisierten Ansätzen gründen.

In fast allen Publikationen und Richtlinien wird von Selbsthilfeförderung gesprochen. Darunter wird meistens die finanzielle Förderung der Selbsthilfe verstanden. Im Münchner Modellprojekt wurde allerdings deutlich, dass dieses Verständnis viel zu eng gefasst ist und nicht die immateriellen Bestandteile der Selbsthilfeunterstützung umfasst. Ein Ergebnis des Modellprojektes ist es also, von Selbsthilfebeförderung zu sprechen, um auf die besonderen Qualifikationen, Kompetenzen und Rahmenbedingungen zu verweisen, die neben den materiellen Voraussetzungen gegeben sein müssen.

Aus der Entwicklung der Selbsthilfe im Bürgerschaftlichen Engagement in München – aber auch auf Bundesebene – lässt sich feststellen, dass einerseits zwar die Selbsthilfebewegung lange vor der von der Politik eingeführten Begrifflichkeit des Bürgerschaftlichen Engagements existierte, andererseits in diesem Rahmen häufig nicht hinreichend gesehen und gewürdigt wird. Im Bericht der Enquête-Kommission des Deutschen Bundestages „Bürgerschaftliches Engagement“ (2002) wird zwar die Selbsthilfe als wesentliches Element aktiver Bürgerbeteiligung in der sozialstaatlich organisierten Gesellschaft beschrieben. Die Engagementstrategie der Bundespolitik konzentriert sich jedoch vorwiegend auf das so genannte Ehrenamt. Die Deutsche Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e.V. (DAG-SHG) wies diesbezüglich in einem Positionspapier auf die besondere Notwendigkeit einer Selbsthilfeunterstützung als Bestandteil der nationalen Engagementstrategie hin (DAG-SHG, 2009). Darin wird zurecht darauf verwiesen, dass Begriffe wie Ehrenamt und Freiwilligenarbeit nicht automatisch das transportieren, was besonders in der Selbsthilfe und in Teilen des Bürgerschaftlichen Engagements noch an Anspruch auf Selbstbestimmung, gesellschaftliche Teilhabe und aktive Gestaltung beziehungsweise Veränderung des sozialen Lebens enthalten ist.

Im Rahmen des Münchner Modellprojektes „Soziale Selbsthilfe“ wurde daher die „Münchner Erklärung zum Bürgerschaftlichen Engagement“ (2007) zugrunde gelegt. Hier wird freiwilliges Engagement nicht auf das traditionelle Ehrenamt in Diensten und Einrichtungen der freien Wohlfahrtspflege reduziert. Sondern die Erklärung eröffnet den Raum für vielfältige Formen selbstbestimmter und selbstorganisierter Aktivitäten zur Gestaltung der Bürgergesellschaft. Die Selbsthilfe wird hierbei als gleichwertiger und wichtiger Bestandteil des Bürgerengagements festgeschrieben. Dieses breite Verständnis von Bürgerschaftlichem Engagement entspricht auch der aktuellen Fachdiskussion. Dort werden unter der Leitidee der Bürgergesellschaft vielfältige Formen Freiwilligenengagements versammelt, die vom klassischen Ehrenamt bis hin zu selbstorganisierten Aktivitäten der Selbsthilfe reichen (Olk/Hartnuß, 2011; vgl. auch der Beitrag von Olk in diesem Buch).

In diesem Zusammenhang muss abschließend erwähnt werden, dass in der Fachdiskussion häufig von „Gemeinschaftlicher Selbsthilfe“ die Rede ist (z.B. Olk/Hartnuß, 2011, S. 150 bzw. der Beitrag von Thiel in diesem Buch). Der Begriff Gemeinschaftliche Selbsthilfe bezeichnet Gruppenaktivitäten zur gemeinschaftlichen Bearbeitung von gesundheitlichen und sozialen Problemen. Davon unterschieden sind individuelle Formen der Selbsthilfe wie zum Beispiel Symptombewältigung mittels Ratgeberliteratur.

## Literatur

- DAG-SHG Deutsche Arbeitsgemeinschaft Selbsthilfegruppen e.V. (2009). Die Selbsthilfe und Selbsthilfeunterstützung müssen Bestandteil einer nationalen Engagementstrategie sein. Zugriff am 15.12.2011 unter <http://www.nakos.de/site/data/DAGSHG/DAG-SHG-Nat-Forum-2009.pdf>.
- Deutscher Bundestag (2002). Bericht der Enquête-Kommission „Zukunft des bürgerschaftlichen Engagements“. Auf dem Weg in eine zukunftsfähige Bürgergesellschaft (14. Wahlperiode). Drucksache 14/8900. Zugriff am 15.12.2011 unter <http://dipbt.bundestag.de/dip21/btd/14/089/1408900.pdf>.
- Forum BE (2000). Definition zu BE. Bürgerschaftlichem Engagement. Zugriff am 15.12.2011 unter [http://www.foebe-muenchen.de/?RECORD\\_ID=17](http://www.foebe-muenchen.de/?RECORD_ID=17).
- GKV Spitzenverband (2009). Leitfaden zur Selbsthilfeförderung. Grundsätze des GKV-Spitzenverbandes zur Förderung der Selbsthilfe gemäß § 20c SGB V vom 10. März 2000 in der Fassung vom 6. Oktober 2009. Zugriff am 15.12.2011 unter [http://www.gkv-spitzenverband.de/upload/Leitfaden\\_Selbsthilfefoerderung\\_9515.pdf](http://www.gkv-spitzenverband.de/upload/Leitfaden_Selbsthilfefoerderung_9515.pdf).
- Herriger, Norbert (2006). Empowerment in der Sozialen Arbeit. Eine Einführung (3. ergänzte und aktualisierte Auflage). Stuttgart: Kohlhammer.
- Hill, Burkhard (2008). Selbsthilfe und soziales Engagement – Motor für die Zivilgesellschaft? Herausforderungen und Potenziale für Kooperationen von Selbsthilfekontaktstellen und Einrichtungen der Sozialen Arbeit in der Gemeinde [Themenheft]. NAKOS Extra, 37. Zugriff am 15.12.2011 unter <http://www.nakos.de/site/data/NAKOS/NAKOS-EXTRA-37.pdf>.
- Kleve, Heiko (1996). Konstruktivismus und Soziale Arbeit. Aachen: Kersting-IBS.

- Kraimer, Klaus (2007). Professionalisierung. Zugriff am 21.09.2011 unter [http://www.klauskraimer.de/professionalisierung\\_2007.pdf](http://www.klauskraimer.de/professionalisierung_2007.pdf).
- Landeshauptstadt München Referat für Gesundheit und Umwelt (RGU) (2002). Zuwendungen im Gesundheits- und Umweltbereich. Zugriff am 15.12.2011 unter <http://www.selbsthilfebeirat-muenchen.de/uploads/shb-Dateien/FoerderrichtlinienRGU.pdf>.
- Landeshauptstadt München Sozialreferat (2010). Förderung der Selbsthilfe im sozialen Bereich. Richtlinien. Zugriff am 15.12.2011 unter [http://www.muenchen.de/Rathaus/dir/engagiert/moeglichk/m\\_sel.html](http://www.muenchen.de/Rathaus/dir/engagiert/moeglichk/m_sel.html).
- Mielenz, Ingrid (2005). Selbsthilfe/Selbstorganisation. In D. Kreft/I. Mielenz (Hrsg.), Wörterbuch Soziale Arbeit (S. 732–735). Weinheim, München: Juventa.
- Münchner Erklärung zum Bürgerschaftlichen (2007). Ergebnis der öffentlichen Konferenz des Sozialpolitischen Diskurses und des Forum Bürgerschaftliches Engagement am 11. Mai 2007 (Stadtratsbeschluss 2008).
- NAKOS (2011a). Rote Adressen. Zugriff am 21.09.2011 unter <http://www.nakos.de/site/datenbanken/rot>.
- NAKOS (2011b). (Psycho-)soziale Selbsthilfe. Zugriff am 15.12.2011 unter <http://www.nakos.de/site/grundlagen-und-erfahrungen/was-ist-selbsthilfe/soziale-selbsthilfe/>.
- Olk, Thomas/Hartnuß, Birger (2011). Bürgerschaftliches Engagement. In T. Olk/B. Hartnuß (Hrsg.), Handbuch Bürgerschaftliches Engagement (S. 145–162). Weinheim und Basel: Beltz Juventa.
- Richter, Stefanie (2007a). Selbsthilfeinitiativen zur Unterstützung von Bewältigungsprozessen bei Essstörungen. *Theorie und Praxis der Sozialen Arbeit*, 58 (6), 35–39.
- Richter, Stefanie (2007b). Die Scham überwinden. Selbsthilfe-Initiativen bei Essstörungen. *Dr. med. Mabuse*, 32 (4), 39–41.
- Stark, Wolfgang (1996). Empowerment – Neue Handlungskonzepte in der psychosozialen Praxis. Freiburg im Breisgau: Lambertus.